

A2NEU 4. Soziales

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.6. Kapitel 4 - Soziales

Text

Frauen* und Gleichberechtigung

Als feministische Partei setzen wir uns für die **Gleichberechtigung aller Menschen** ein. Unsere Gesellschaft ist geschlechtlich und sexuell vielfältig. Diese Vielfalt wollen wir stärken, schützen und ein wertschätzendes Bewusstsein frei von Diskriminierungen schaffen.

Die Stärke unserer Gesellschaft liegt in der Vielfalt ihrer Mitglieder. Jede und jeder hat ein Recht auf freie Entfaltung ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierung. Geschlechtsspezifische Gewalt hat keinen Platz in einer freien und demokratischen Gesellschaft. Sich auf das soziale Geschlecht beziehende Stereotype hindern Menschen in ihrer freien Entfaltung. Wir wollen **geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen** und mit unserer Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit Stereotype in Frage stellen und Neubewertungen anregen.

Frauen*

Frauen* machen rund die Hälfte der Gesellschaft aus. Dennoch werden sie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens noch immer nicht gleichberechtigt behandelt: im Privaten übernehmen Frauen* den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und im Beruf bestehen keine Chancengleichheit und keine Entgeltgleichheit (Equal Pay). Patriarchale Strukturen und geschlechtsspezifische Stereotype hindern Frauen* an ihrer individuellen Entfaltung und Teilhabe.

Wir fordern die Hälfte der Macht und volle Gleichberechtigung für Frauen* in Lübeck. Gleichberechtigung braucht Teilhabe, Sichtbarkeit und Stimmengewalt. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil von Frauen* in kommunalpolitischen Ämtern und Gremien deutlich zu erhöhen - **Parität ist das Ziel!** Wir GRÜNE besetzen unsere Liste für die Kommunalwahl 2023 paritätisch und quotiert - auf Platz 1 steht eine Frau*. GRÜNE Gremien und Listen sind stets quotiert.

Längst überfällig und unabdingbar für volle Gleichberechtigung ist die **Einrichtung eines eigenständigen Gleichstellungsausschusses** auf kommunaler Ebene. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Fragen der Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit im Hauptausschuss *mitbehandelt* werden.

Die Verwaltung der Stadt Lübeck fordern wir auf, die in der Bürgerschaft beschlossene Kinderbetreuung während der Sitzungen *aller* kommunalpolitischen Gremien umzusetzen, um insbesondere Frauen* die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

LGBTQIA*

Unsere Gesellschaft ist geschlechtlich und sexuell vielfältig - **queer!** Jedes einzelne Mitglied hat das Recht auf individuelle Entfaltung frei von Angst vor Gewalt oder Diskriminierung. Auch die Herausforderungen, vor denen queere Menschen im gesellschaftlichen Alltag stehen und ihre Bedürfnisse und Sorgen sind vielfältig. Sie erleben immer wieder spezifische Diskriminierung bis hin zur Gewalt.

Wir möchten die queere Community in Lübeck stärken, schützen und ein wertschätzendes Bewusstsein für die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen schaffen. **Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe queerer Menschen ein.** Queerpolitik soll fester Bestandteil politischen Handelns in Lübeck werden. Wir fordern daher eine*n **Vielfalts-Beauftragte*n in der städtischen Verwaltung.** Wünschenswert sind Fortbildungen und eine damit einhergehende Sensibilisierung für Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung und städtischen Einrichtungen im Bereich der geschlechtlichen Vielfalt.

Wir wollen insbesondere an Schulen **queere Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit** verstärken und das **Beratungsangebot** für queere Menschen jeden Alters ausbauen, verstärkt auch für queere Menschen ab 30 Jahre bis ins hohe Alter. Für ältere queere Menschen, die nachweislich ein besonders hohes Risiko für Einsamkeit aufweisen, wollen wir in einem Pilotprojekt queere Gemeinschaftswohnkonzpte erproben.

Für eine gleichberechtigte, queerfreundliche Infrastruktur in Lübeck fordern wir das Bereitstellen weiterer Unisex-Toiletten und die Verwendung geschlechtsgerechter Beschilderungen im öffentliche Raum.

Istanbul-Konvention:

Geschlechtsspezifische Gewalt nimmt weiter zu. Gewalt gegen Kinder, Frauen* und queere Menschen ist keine Privatangelegenheit oder persönliches Schicksal. Es ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, geschlechtsspezifische Gewalt zu

62 bekämpfen. **Wir fordern die umfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention zum**
63 **Schutz von Kindern und Frauen* vor Gewalt in Lübeck!** Dafür müssen personelle und
64 finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung findet in enger
65 Zusammenarbeit mit den entsprechenden Lübecker Akteur*innen, der
66 Gleichstellungsbeauftragten und der städtischen Verwaltung statt.
67 Handlungsempfehlungen von Landesebene liegen ausreichend vor.

68 Ein wichtiger Baustein zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist die
69 **Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit.** Wir fördern die Teilnahme von Kindern
70 und Jugendlichen sowie Mitarbeiter*innen an präventiven Maßnahmen in
71 Bildungseinrichtungen wie KiTa und Schule und in Vereinen und Verbänden.

72 Um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, braucht es deutlich **mehr**
73 **niedrigschwellige, mehrsprachige Beratungsangebote und Schutzräume** für von
74 Gewalt betroffene Menschen. Wir setzen uns für den Ausbau und die langfristige
75 Finanzierung dieser ein.

76 Gleichberechtigung:

77 Wir setzen uns für die **Gleichberechtigung aller Geschlechter** ein.
78 Gleichberechtigung muss gewollt und ermöglicht werden. Sie muss von der Mehrheit
79 der Gesellschaft getragen werden. Die Stadt Lübeck soll als Vorbild fungieren.

80 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Umsetzung des 1. Aktionsplans
81 Gleichstellung im Rahmen der Europäischen Charta und fordern die langfristige
82 Weiterführung und Fortschreibung. Der Beschluss, einen Aktionsplan
83 Gleichstellung LSBTI* aufzustellen, muss endlich realisiert werden - in enger
84 Kooperation mit der Lübecker Community. Zudem sollte eine Verknüpfung der beiden
85 Aktionspläne erfolgen. Die aktive Umsetzung beider Aktionspläne bedeutet auch,
86 dass Menschen aller Geschlechter bei städtischen Entscheidungen und Vorhaben
87 berücksichtigt werden.

88 Um dies sicherzustellen, fordern wir endlich die Umsetzung des bereits im Jahr
89 2012 in der Bürgerschaft beschlossenen **Gender Budgeting**, um eine
90 geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel im Haushalt zu
91 ermöglichen.

92 Auch als Arbeitgeber soll die Stadt Lübeck mit gutem Beispiel vorangehen.
93 Stellen sollen paritätisch besetzt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und
94 Beruf muss durch flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit zum Arbeiten im
95 Home Office oder zu Mobiler Arbeit weiter verbessert werden.

96 Wir wirken auf die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes auf Landesebene hin,
97 um eine **paritätische Besetzung der Führungspositionen in städtischen**

98 **Gesellschaften** durchsetzen zu können.

99 Gleichberechtigung braucht eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie
100 Außenwirkung. **Wir fordern daher, dass auf den Flächen der Stadt Lübeck keine**
101 **sexistischen, rassistischen oder diskriminierenden Werbeinhalte** mehr gezeigt
102 werden. Dies wollen wir in der Sondernutzungssatzung verankern.

103 Soziales

104 Für uns gehören **Gerechtigkeit und Teilhabe für alle zu den Leitideen unserer**
105 **Sozialpolitik**. Wir begegnen allen Menschen auf Augenhöhe. Perspektiven
106 aufzeigen, Brücken bauen und sicheren Halt geben - GRÜNE Sozialpolitik wirkt
107 direkt und nachhaltig!

108 Armut und soziale Benachteiligung hindern Menschen an ihrer individuellen
109 Entfaltung. **Wir setzen uns für sozial gerechte Strukturen in Lübeck ein**. Dabei
110 berücksichtigen wir insbesondere die Besonderheiten der einzelnen Stadtteile und
111 ihrer Bewohner*innen.

112 Wohnen

113 Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht und eine wichtige Säule der
114 Daseinsvorsorge. Bei immer weiter steigenden Mieten, höheren Kosten für Eigentum
115 und explodierenden Energiepreisen **muss Wohnen für alle Menschen bezahlbar**
116 **bleiben!**

117 Wir machen uns stark für die **Anpassung der Mietobergrenzen an den aktuellen**
118 **Mietspiegel**, damit diese von den Ämtern bei Beantragung von Sozialleistungen
119 entsprechend berücksichtigt werden. Wir setzen uns für verstärkte **Hilfen bei der**
120 **Deckung der Energiekosten für die Bürger*innen** auch von kommunaler Seite ein.

121 Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Es bedeutet, **ein**
122 **Zuhause zu haben, in dem ein Wohlgefühl besteht - bedarfsgerecht und sicher!**
123 Wenn Wohnraum knapp wird und die Mieten steigen, haben es bestimmte
124 Personengruppen oft besonders schwer, z.B. Menschen mit geringem Einkommen,
125 Senior*innen, Menschen mit besonderen Bedarfen, Geflüchtete und Menschen mit
126 Migrationshintergrund, Familien, Auszubildende, Studierende. Bei Verlust der
127 Wohnung droht die Verdrängung aus dem gewohnten Wohnumfeld bei gleichzeitiger
128 Not, neuen, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir setzen uns daher
129 aktiv für eine **bedarfsgerechte soziale Vielfalt in allen Stadtteilen** ein und
130 **unterstützen ausdrücklich Initiativen zur Stadtteilentwicklungen wie die Soziale**
131 *Stadt Moisling und Kücknitz.*

132 Wir setzen uns für **Begegnungsorte und Kulturräume in allen Stadtteilen** ein und

wollen im öffentlichen Raum generationsübergreifende, niedrigrschwellige und inklusive Angebote zum Austausch schaffen. Das können z.B. beschattete Sitzbänke, Spielgeräte oder Sportparcours sein.

Nicht immer lässt sich der Verlust der Wohnung und ungewollte Obdachlosigkeit rechtzeitig verhindern - die Gründe hierfür sind vielfältig. Wir **begegnen wohnungslosen und obdachlosen Menschen auf Augenhöhe**. Wir setzen uns dafür ein, dass die ihnen zustehenden Sozialleistungen unkompliziert beantragt werden können und zuverlässig ankommen.

Wir unterstützen ausdrücklich den Ansatz von *Housing-First-Projekten* und möchten deren Umsetzung auch in Lübeck prüfen.

Obdachlose Menschen wollen wir im öffentlichen Raum besser vor Gewalt schützen und ihnen zusammen mit allen Akteur*innen sichere Anlauforte bieten. Entsprechende Angebote für obdachlose Menschen sollen weiter ausgebaut werden. Hierzu gehört die **Etablierung eines mobilen Duschbusses für Menschen ohne Obdach**.

Das Ziel muss weiterhin der Schutz aller vor Wohnungslosigkeit sein!

Armut und Teilhabe

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, Ungerechtigkeiten nehmen zu und viele Menschen fühlen sich bereits abgehängt. Armut ist ein gesellschaftliches, ein strukturelles Problem. **Wir wollen sozial gerechte Strukturen schaffen**. Kein Mensch soll in Armut leben.

Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe sind wichtig, um Armut zu verhindern und zu überwinden. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Kultur, Sport, Musik und Bildung soll allen Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage, Herkunft oder Lebens- und Wohnsituation zugänglich sein.

Den kommunalen Armuts- und Sozialbericht wollen wir um einen Maßnahmenkatalog gegen Armut weiterentwickeln und dabei sozialraumbezogene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung verbindlich umsetzen.

Wir möchten Menschen mit Unterstützungsbedarf den **Zugang und die Beantragung von Leistungen erleichtern**. Die Beantragung soll niedrigrschwellig und leicht verständlich sein. Wir möchten, dass Antragsteller*innen proaktiv seitens der Leistungsträger über weitere ihnen zustehende Unterstützungsangebote informiert werden, dies gilt insbesondere für **Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder**.

Frühzeitige Hilfen und Beratungsangebote, wie z. B. die Schuldenberatung, wollen wir langfristig unterstützen und ausbauen. Um die wertvolle Arbeit der sozialen Träger in unserer Stadt zu stärken und ökonomische Risiken zu begrenzen, werden wir die Budgetverträge dynamisieren und steigende Preise über eine Inflationskomponente ausgleichen.

Senior*innen

Einsamkeit im Alter und Altersarmut nehmen zu. Immer mehr Senior*innen fühlen sich im digitalen und sich schnell wandelnden Alltag alleingelassen. Sie ziehen sich zurück und nehmen kaum noch am gesellschaftlichen Leben teil. Unsere Gesellschaft braucht jedoch das Wissen und Erfahrungen der älteren Generationen. **Wir wollen die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben stärken und nachhaltig fördern.** Hierzu zählt eine stadtteilbezogene Sozialarbeit wie das Projekt *„Großeltern im Quartier“* der Gemeindediakonie, welches wir auf weitere Stadtteile ausweiten wollen. Auf der Basis der Pflegebedarfsplanung wollen wir konkrete quartiersbezogene Maßnahmen ergreifen, um zu ermöglichen, dass pflegebedürftige Menschen möglichst lang und selbstbestimmt in Ihrem angestammten Quartier leben können. Wir wollen insbesondere den Austausch auf Augenhöhe zwischen den Generationen fördern und Jung und Alt in den Dialog bringen. Mit gezielten Angeboten des Zusammenkommens soll ein wertschätzendes Miteinander gefördert werden, z. B. Zeitzeug*innen in den Schulen, die Erinnerungen und „altes“ Wissen weitergeben, Jugendliche als Digital-Lots*innen für ältere Menschen, Vorlesepat*innen, Kultur-Tandems.

Zusammen mit den Akteur*innen und der kommunalen Senior*innen-Vertretung wollen wir entsprechende Angebote ausgestalten.

Inklusion

Die Forderung „Nicht über uns ohne uns“ ist für uns der Leitsatz in allen Fragen der Inklusion. Inklusion soll von Menschen (mit)bestimmt werden, die unmittelbar betroffen sind. In Lübeck lassen bestehende Strukturen die Teilhabe und Mitbestimmung oft noch nicht zu.

Die *UN-Behindertenkonvention* beschreibt die Grundrechte von Menschen mit Behinderungen, ihr Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben sehr genau. **Wir fordern die sofortige Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Lübeck.** Gemeinsam mit den Betroffenen, den Akteur*innen und dem Beirat für Menschen mit Behinderung wollen wir Strukturen schaffen, die eine selbstbestimmte Teilhabe und Mitbestimmung sichern.

Wir möchten **alltägliche Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen.** Besonders wichtig ist der barrierefreie Zugang zu wichtigen Informationen. Das

Vorhalten der Informationen in Leichter Sprache, Blindenschrift, in Form des Vorlesens oder in Mehrsprachigkeit muss sichergestellt sein. Gleiches gilt für den barrierefreien Zugang zur öffentlichen Infrastruktur, insbesondere den ÖPNV und den Shuttle Service LÜMO. Die Stadt Lübeck übernimmt hierbei eine Vorbildfunktion.

Der öffentliche Raum soll inklusiv weiterentwickelt werden. Dies gilt insbesondere für öffentliche Freizeit- und Sportangebote, Grünflächen und Kinderspielplätze. Außerdem müssen öffentliche Toiletten so erweitert werden, dass erwachsene Menschen mit Inkontinenzmaterial versorgt werden können.

Migration und Integration

Zuwanderung bereichert unsere Gesellschaft. Zuwanderung hat viele Gründe. Unsere **Migrations- und Fluchtpolitik hat ein zusammenwachsendes, wertschätzendes Miteinander zum Ziel.** Damit sie gelingt, wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört insbesondere, dass kommunale Angebote finanzielle Planungssicherheit für ihre Angebote erhalten. Wir unterstützen daher eine unbefristete und vollfinanzierte Migrationsberatung. Eine offene Gesellschaft, die Geflüchtete willkommen heißt und sie beim Ankommen nachhaltig auch in der Familienzusammenführung unterstützt.

Teilhabe und Mitbestimmung müssen gleich zu Beginn möglich sein. Dafür braucht es den Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit. Wir fordern, dass **Geflüchtete unabhängig von ihrem Asyl- oder Aufenthaltsstatus die Möglichkeit zum Spracherwerb erhalten und der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gefördert wird.**

Außerdem benötigen geflüchtete Menschen Zugang zu Therapien und medizinischer **Versorgung in ihrer Muttersprache oder mit speziell ausgebildeten Sprachmittler*innen.** Lübeck hat einen Pool an Sprachmittler*innen, die auch von privaten Personen, Ärzt*innen oder Institutionen angefragt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass Sprachmittler*innen für traumatherapeutische Behandlungen aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden.

Die städtische Verwaltung selbst muss hier Vorbild sein. **Wir fordern die Verbesserung des städtischen Online-Auftritts für Migrant*innengruppen.** Außerdem soll die Verwaltung einen Pool an mehrsprachigen Mitarbeiter*innen vorhalten, welche bei Vorsprachen in Ämtern von Personen mit Sprachbarrieren als Übersetzer*innen tätig werden.

Wir setzen uns für eine interkulturelle Verwaltung ein, dass heisst mittelfristig werden Migrant*innen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Lübeck bei der Personalplanung berücksichtigt.

Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement trägt und stützt unser gesellschaftliches Miteinander. Ohne die vielen Lübecker Ehrenamtler*innen würde unsere soziale Versorgungsstruktur zusammenbrechen. Sie übernehmen wertvolle Hilfeleistung dort, wo die kommunale Versorgung nicht ausreicht. **Wir wollen das Ehrenamt stärken und aufwerten.** Neben der Sicherstellung der langfristigen Förderung ehrenamtlicher Strukturen, sollen auch die aktiven Ehrenamtler*innen gefördert werden. **Wir fordern daher die kostenfreie Nutzung des städtischen ÖPNV für Ehrenamtliche (Ehrenamtsticket).** Oftmals fallen bei der Ausübung des Ehrenamts Fahrtkosten an. Ein Ehrenamtsticket soll erhalten, wer mindestens fünf Stunden pro Woche bzw. 250 Std. pro Jahr ehrenamtlich ohne Vergütung oder pauschale Aufwandsentschädigung nachweislich tätig ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliche Strukturen besser mit dem beruflichen Alltag vereinbar und stärker anerkannt werden. Wir begrüßen es, wenn Arbeitgeber*innen ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Angestellten durch z. B. Freistellung von der Arbeit unterstützen und die im Ehrenamt erworbenen Qualifikationen wertschätzen. Die Stadt Lübeck geht hier mit gutem Beispiel voran.

Auch Schüler*innen sollen durch das Ausüben eines Ehrenamts keine Nachteile erfahren. Vielmehr soll ihr Engagement lobend hervorgehoben und befürwortet werden.

Wir unterstützen die Bestrebungen der Landesregierung, zusammen mit dem Bund bessere Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste wie das FSJ, FÖJ und BFD zu schaffen und wollen mit den Lübecker Einsatzstellen von Freiwilligendiensten hierzu in den Austausch gehen.

Gesundheit und Pflege

Gesundheit

Gute kommunale Gesundheitsversorgung sichert die **bedarfsgerechte Behandlung aller Bürger*innen**. Sie stellt das Wohl der Patient*innen in den Mittelpunkt, nicht die Gewinnmaximierung. Wir wollen daher der zunehmenden Privatisierung des Gesundheitswesens entgegenwirken.

Die **Teilhabe an bedarfsgerechten Behandlungen darf nicht abhängig sein** von Einkommen, Alter, Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Sprache.

Auch bereits bestehende gesundheitliche Erkrankungen oder Einschränkungen, egal

277 ob körperlich oder psychisch, dürfen nicht von gesundheitlicher Versorgung
278 ausschließen. Hier gilt es, Barrieren weiter abzubauen.

279 Eine kluge kommunale Gesundheitsversorgung setzt auf Vorsorge statt Nachsorge.
280 Wir machen uns stark für den **Ausbau von Konzepten der Gesundheitsvorsorge**. Viele
281 wichtige Vorsorgeleistungen, z. B. im Bereich der Krebsfrüherkennung in der
282 Gynäkologie, müssen von den Patient*innen selbst gezahlt werden. Wünschenswert
283 wäre eine Erweiterung des Katalogs der Kassenleistungen im Bereich der Vorsorge
284 auf Bundesebene.

285 Im Umgang mit substanzabhängigen Menschen fokussieren wir auf Maßnahmen der
286 Prävention und sozialen Hilfe. Eine Politik, die lediglich auf Verdrängung und
287 Unterdrückung setzt, führt zu Widerstand, steigender Kriminalität und verfestigt
288 die Probleme. Wir werden die Probleme bei der Wurzel packen und konzentrieren
289 uns auf die Ursachen des Substanzmissbrauchs und den Umgang mit der
290 Abhängigkeit. In einer gesamtstädtischen Strategie werden wir daher Maßnahmen
291 der sozialen Hilfen stärken, Streetworking ausbauen und niedrigschwellige
292 gesundheitsbezogene Aufklärungs- und Beratungsangebote schaffen. Nach unserer
293 umgesetzten Forderung einer neuen Begegnungsstätte für substanzabhängige
294 Menschen, setzten wir uns jetzt für die zusätzliche Errichtung eines
295 Drogenkonsumraumes ein

296 Die Lübecker Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen
297 Gesundheitsversorgung. Ihr umfangreiches Angebot wollen wir auch zukünftig
298 unterstützen.

299 Noch immer tragen Frauen* zu großen Teilen die Kosten für Verhütung. **Der Schutz**
300 **vor ungewollten Schwangerschaften muss allen Frauen unabhängig ihrer**
301 **finanziellen Mittel sicher sein.** Wir setzen uns für die Erhöhung der Mittel zur
302 kommunalen Kostenübernahme von Verhütung für Patient*innen in prekären
303 finanziellen Situationen ein.

304 Ein wichtiges Thema der kommunalen Gesundheitsversorgung muss die **psychische**
305 **Gesundheit** sein.

306 Multiple Krisen weltweit führen zu individuellen Ängsten und Sorgen bei den
307 Bürger*innen, Kindern und Jugendlichen. Psychische Erkrankungen nehmen stark zu.
308 Betroffene brauchen schnelle und leicht zugängliche Hilfen, doch die
309 psychotherapeutischen und psychiatrischen Strukturen sind überlastet. Wir
310 unterstützen daher ausdrücklich die Initiativen auf Bundesebene für mehr
311 ambulante Psychotherapieplätze.

312 Für psychisch beeinträchtigte Menschen mit eventueller Psychatrieerfahrung
313 fordern wir eine 24/7 Anlaufstelle als Krisenintervention. Zudem müssen die
314 bereits vorhandenen Betreuungs- und Hilfsangebote nach einer abgeschlossenen
315 Therapie ausgebaut und besser bekannt gemacht werden.

Wir wollen eine Öffentlichkeit für das Thema psychische Gesundheit und psychisch Erkrankte schaffen. Auf kommunaler Ebene müssen wir dafür die vorhandenen Strukturen stärken und besser vernetzen. Gemeinsam mit Lübecker Akteur*innen werden wir eine Präventionskampagne anstoßen und Formate schaffen, die der Information und Vernetzung dienen, z.B. einen jährlichen Tag der offenen Tür im Rathaus zum Thema psychische Gesundheit. Zudem setzen wir uns für die Ausbildung und Finanzierung von "Peer Coaches" in multiprofessionellen Settings ein.

Pflege

Ältere und pflegebedürftige Menschen verdienen die bestmögliche bedarfsgerechte Unterstützung und Pflege. Sie sollen selbstbestimmt und würdevoll am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Viele Pflegebedürftige möchten so lang wie möglich in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld bleiben können. **Wir wollen daher ambulante und flexible teilstationäre Tages- und Kurzzeitpflegeangebote stärken.** Kultursensible Pflege- und Therapieangebote in Lübeck sind ein Muss. Gleichzeitig müssen wir auch

die **Lübecker Senior*inneneinrichtungen für den zunehmenden Bedarf an stationären Pflegeplätzen zukunftssicher aufstellen.** Wir orientieren uns an der Pflegebedarfsplanung und gehen von einem Bedarf von mindestens 500 zusätzlichen Pflegeplätzen bis 2030 aus.

Für die Sicherstellung der zukünftigen pflegerischen Versorgung streben wir eine Zusammenarbeit der Stadt mit den gemeinnützigen Trägern der freien Wohlfahrtspflege an, deren Qualität und Arbeit wir auch in diesem Bereich sehr schätzen.

Eine Privatisierung der städtischen Senior*innenheime lehnen wir ab.

Die zuletzt stark angestiegenen Kosten für Pflegeeinrichtungen belasten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen stark. Wir unterstützen die Bestrebungen der Landesregierung, die finanziellen Belastungen für die Betroffenen deutlich zu reduzieren.

Gute Pflege braucht gut ausgebildete Fachkräfte, die für ihre wertvolle Arbeit auch angemessen entlohnt werden.

Wir setzen uns für die Stärkung der Pflegeberufe ein und wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten bessere Rahmenbedingungen für Beschäftigte in der Pflege schaffen. Um mehr Nachwuchs für den Bereich der Pflege zu gewinnen, sollen Kooperationen zwischen den Schulen und stadtweiten Pflegeeinrichtungen vorangetrieben werden.

351

352

353

354